Vorabend-Blatt

66. Jahrgang. № 265 Freitag, 9. Juni 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 30.— M., vierteljährlich 90.— M.

Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 32 mm breite Zeile 7.— M., außerhalb Sachsens 8.— M. Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 1spaltige An- und Verkäufe die Zeile 5.— M. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelpreis des Vorabendblattes 1.— M.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Lieber kein Geld als Verzicht auf Sanktionen

Wie sich Poincaré zur Anleihe stellt.

Paris, 8. Juni. Poincaré hat gestern den französischen Pressevertretern versichert, in den letzten Beratungen des Wiedergutmachungsausschusses sei von einer etwaigen Herabsetzung der deutschen Schuld mit keinem Wort die Rede gewesen. Man habe nur die Frage erörtert, ob das Anleihekomitee ermächtigt werden soll, freiwillige Anregungen zur Anleihefrage zu unterbreiten. Falls die Erörterung sich um die Herabsetzung der deutschen Schuld gedreht hätte, wäre Frankreich höchstwahrscheinlich nicht isoliert geblieben. Es sei indessen klar, daß das Anleihekomitee bei seiner Anfrage an eine solche Herabsetzung gedacht habe. Deshalb habe Frankreich gegen eine Erweiterung des Mandats für das Anleihekomitee gestimmt und dadurch vielleicht verhütet, daß die Herabsetzungsfrage klar formuliert werde.

Nach seiner, Poincaré s Ansicht, brauche man es nicht tragisch zu nehmen, wenn die internationale Anleihe jetzt nicht zustande kommen sollte. Wenn Deutschland durch eine Finanzkombination seine gesamte Wiedergutmachungsschuld mobilisieren könnte, würde es den Verbündeten kaum mehr möglich sein, zur Erzwingung der dauernden Abrüstung Sanktionen zu verhängen. Die Besetzung des linken Rheinufers würde bei einer solchen Regelung vielleicht aufgeschoben werden müssen. Jedenfalls sei es für Frankreich vorteilhafter, noch einige Zeit auf Zahlungen zu verzichten, als seine alten Rechte preiszugeben. Poincaré bezeichnete es als nicht empfehlenswert, die Frage des gegenseitigen Schulderlasses unter den Verbündeten aufzurollen. England würde Bedingungen stellen, die für Frankreich unannehmbar wären, und Frankreich liefe dabei Gefahr, sich in den Augen Amerikas zu kompromittieren.

Eine Studienreise des Anleihekomitees nach Deutschland?

Paris, 8. Juni. „Chicago Tribune" will erfahren haben, daß das Anleihekomitee sofort mit seinen Untersuchungen über Deutschlands Zahlfähigkeit, die Wiedergutmachungen zu bezahlen, beginnen werde, was als erster Schritt zur Auflegung einer internationalen Anleihe in Betracht komme. **Aller Wahrscheinlichkeit nach werde das Anleihekomitee beschließen, Deutschland selbst zu besuchen, um an Ort und Stelle diese Nachprüfung vorzunehmen.** Poincaré soll gestern verschiedene Unterredungen mit Millerand gehabt haben. Als Ergebnis dieser Unterredungen habe Frankreich eine Sondersitzung der Wiedergutmachungskommission erbeten, die heute stattfinden soll. Ferner teilt das Blatt mit, **der offizielle amerikanische Standpunkt sei der, daß Frankreich zunächst auf einen Teil seiner Wiedergutmachungsforderungen verzichten müsse, ehe es erwarten könne, daß Amerika seinerseits einen Teil der französischen Schuld annulliere, d. h. also, wenn Frankreich auf die Hälfte seiner Wiedergutmachungsforderungen verzichten würde, würde Amerika anerkennen, daß es ihm unmöglich sein werde, seine eigenen Schulden zu bezahlen.**

Deutsche Sachverständige für die Anleiheverhandlungen

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 8. Juni. Vom Reichskabinett sind besondere Sachverständige ernannt worden, die eventuell zu den Anleiheverhandlungen nach Paris gehen sollen. Zunächst wird sich nur Herr Melchior dorthin begeben, vielleicht auch der Reichsbankpräsident.

Hermes' private Anleiheverhandlungen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 8. Juni. Die „Deutsche Bergwerkszeitung" berichtet über private Verhandlungen, die Reichsfinanzminister Hermes mit ausländischen Politikern über die Anleihefragen gepflogen habe. Danach sollen Frankreich und England je 25 Prozent der Anleihe aufbringen, während die übrigen 50 Prozent von den anderen Staaten aufzubringen seien. Eine Bestätigung dieser Angabe war an zuständiger Stelle heute nicht zu erlangen.

Das Urteil der französischen Presse.

Paris, 8. Juni. Die Morgenpresse bespricht den gestrigen Beschluß der Reparationskommission über die Machtbefugnisse des internationalen Anleiheausschusses zum Teil unter ausdrücklicher Betonung des oppositionellen Standpunktes Frankreichs, der bei der Abstimmung ausgedrückt wurde. Das „Echo de Paris" sagt: Was werden jetzt die Bankiers tun? Sie haben jetzt gesiegt. Jedoch ist es nicht sicher, daß sie weiter siegen werden. — Der „Matin" ist der Ansicht, Frankreich könne unter den augenblicklichen Bedingungen nur seine Stellung bewahren und die Vorschläge abwarten, die ihm gemacht würden. — Der „Petit Parisien" hofft, daß der internationale Ausschuß nicht die Flinte ins Korn werfe. **Denn die Verzögerung einer großen Anleihe würde um so bedauerlicher sein, als die Meinung hierfür in einigen Monaten weniger günstig sein würde. Außerdem würde durch das Aufgeben des Anleihegedankens die deutsche Antwort vom 31. v. M. hinfällig werden, denn Deutschland habe eine äußere Anleihe zu der von ihm geforderten Ordnung seiner Finanzen verlangt. Heute riskiere man, die große Frage vom 31. Mai wieder aufzuwerfen, ohne die Sanktionsdrohungen zu vergessen.** Deshalb würde sich der Bankierausschuß ein Verdienst erwerben, wenn er trotz der Meinungsverschiedenheiten den Plan für eine Mobilisierung der deutschen Schuld vorlege. — „Ere Nouvelle" sagt: Die Wahl liege zwischen einer Wirklichkeitspolitik und einer Politik, die sich fortgesetzt auf den Protest gegen Deutschland aufbaue. Der letztgenannte Weg, der im Namen des Nationalismus gewählt wurde, verstoße nach der Ansicht des Blattes unmittelbar gegen die Interessen Frankreichs. (B. T. B.)

Vom Sterben des deutschen Offizierkorps.

„Vom Sterben des deutschen Offizierkorps." — Unter dieser Ueberschrift ist als Beiheft zum Militärwochenblatt im Verlage der Hofbuchhandlung E. S. Mittler u. Sohn eine Schrift des Generalleutnants Constantin v. Altrock erschienen, die innerhalb kurzer Zeit bereits ihre zweite Auflage erlebt hat und nun als solche in wesentlich erweiterter Form vorliegt. Die Schrift ist dem Gedächtnis der Toten gewidmet, die im Glauben an Deutschlands Sieg ihr Leben hingaben und nun draußen fern in Feindeserde oder tief unten auf dem Meeresgrunde schlummern. Sie soll Zeugnis ablegen vom Sterben des deutschen Offizierkorps, nicht in langen Ruhmesreden, sondern in kurzen knappen Zahlen von erdrückender Wucht, sie soll beweisen, wie die deutschen Offiziere getreu ihrer stolzen Ueberlieferung Vorkämpfer waren unseres Volkes in Waffen, untadelhaft und treu bis in den Tod.

Es starben für ihr Vaterland 54 891 Offiziere, Fähnriche, Sanitäts- und Veterinäroffiziere des Heeres, der Marine und der Schutztruppen von einer Gesamtzahl an Toten von 1 808 545 Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften. Von diesen 54 891 gefallenen oder gestorbenen Offizieren gehörten zum Landheer 51 709 — und zwar 12 565 aktive, 35 493 Reserve-, 995 frühere aktive, 650 frühere Reserveoffiziere und 2986 Feldwebelleutnants —, zur Marine 1451 — und zwar 883 aktive, 533 Reserve-, 41 frühere aktive und 4 frühere Reserveoffiziere —, zu den Schutztruppen 63, zum Sanitätsoffizierkorps 1390 und zum Veterinäroffizierkorps 172 Offiziere. Im Landheer gaben somit bei einer Gesamtzahl von 45 029 aktiven Offizieren allein 24,7 vom Hundert, bei einer Gesamtzahl von 226 130 Offizieren des Beurlaubtenstandes 15,7 vom Hundert, in der Marine bei einer Gesamtzahl von 4889 aktiven Offizieren 20 vom Hundert und bei einer Gesamtzahl von 3024 Offizieren des Beurlaubtenstandes etwa 10 vom Hundert ihr Leben. Unter den gefallenen oder gestorbenen Offizieren des Landheeres befinden sich 1 Generalfeldmarschall — v. Eichhorn —, 2 Generaloberste — v. Moltke und v. Kessel —, 7 Generale der Infanterie usw. — v. Emmich, v. Fabeck, v. Below, Hoffmann, v. Broizem, Laffert und Frhr. v. Holtzendorff —, 15 Generalleutnants, 30 Generalmajore, 107 Obersten, 145 Oberstleutnants, 740 Majore, 2376 Hauptleute bezw. Rittmeister, 1423 Oberleutnants und 6715 Leutnants. Von den ehemaligen aktiven Offizieren z. D. und a. D. sind während des Krieges im Dienste des Krieges gefallen oder gestorben: 1 Generalfeldmarschall — v. d. Goltz —, 1 Generaloberst — v. Bissing —, 11 Generale der Infanterie usw. — v. Wachs, v. Sperling, v. Briesen, Garde, v. Schwarzkoppen, v. Gurowsky-Cornitz, v. Wartenberg, v. Berthes, v. Zwehl, Ritter v. Venzio und Graf v. Zeppelin —, 37 Generalleutnants, 42 Generalmajore, 54 Obersten, 151 Oberstleutnants, 291 Majore, 202 Hauptleute bezw. Rittmeister, 137 Oberleutnants und 1418 Leutnants. Unter den gefallenen oder gestorbenen aktiven oder ehemals aktiven Marineoffizieren befinden sich 1 Admirale bezw. Vizeadmirale — v. Pohl, Graf v. Spee, Ecdermann und Frhr. v. Schimmelmann —, 6 Konteradmirale, 17 Kapitäne z. S., 31 Fregattenkapitäne, 37 Korvettenkapitäne, 150 Kapitänleutnants, 262 Oberleutnants und 280 Leutnants z. S. Auf die einzelnen Kontingente und die wichtigsten Waffengattungen verteilt sich die Gesamtzahl der gefallenen oder gestorbenen aktiven Offiziere des Landheeres wie folgt: Preußen: 9794 — davon 7284 Infanterie, 813 Kavallerie, 708 Feldartillerie, 320 schwere Artillerie, 250 Pioniere, 15 Luftstreitkräfte, 18 Nachrichten-, 53 Verkehrs- und 45 Fahrtruppen —, Bayern: 1281 — davon 1017 Infanterie, 73 Kavallerie, 115 Feldartillerie, 32 schwere Artillerie, 28 Pioniere, 5 Luftstreitkräfte, 5 Verkehrs- und 6 Fahrtruppen —, Sachsen: 891 — davon 630 Infanterie, 29 Kavallerie, 107 Feldartillerie, 21 schwere Artillerie, 17 Pioniere, 73 Luftstreitkräfte, 4 Nachrichten-, 1 Verkehrs- und 7 Fahrtruppen —, Württemberg: 627 — davon 412 Infanterie, 15 Kavallerie, 80 Feldartillerie, 2 schwere Artillerie, 14 Pioniere, 25 Luftstreitkräfte und 2 Fahrtruppen.

Diese Verlusttabellen, die auf Grund amtlicher Bearbeitungen aufgestellt sind, sprechen Bände. Sie zeugen am klarsten von einem Opfermut, wie er einzig dasteht — und dies um so mehr, wenn man ihnen noch hinzufügt, daß von den bei der Mobilmachung am 2. August 1914 ins Feld gerückten deutschen Berufsoffizieren etwa 40 v. H. gefallen sind gegenüber einer Prozentzahl von 15,4 v. H. an gefallenen Unteroffizieren und Mannschaften. Um den Urgrund dieses Opfermutes und unserer gewaltigen kriegerischen Leistungen zu kennzeichnen, sind den Verlusttabellen kurze Ueberblicke über die geschichtliche Entwicklung der Offizierkorps der verschiedenen deutschen Kontingente, der Schutztruppen und der Marine vorausgeschickt. Sie sind für Preußen vom Gen.-Lt. v. Altrock, für Bayern vom Major Gürtler, für Sachsen von dem früheren Oberbefehlshaber der zweiten Armee, General der Infanterie v. Carlowitz, für Württemberg vom Oberstleutnant Müller-Löwitz, für die Schutztruppen vom Oberstleutnant Strümpell und für die Marine vom Kapitän z. S. v. Waldeyer-Hartz geschrieben. Ihnen folgen zwei Schlußaufsätze über die Vernichtung des Offizierstandes als Beruf von Major a. D. Romberg, Leiter des Nano, ein beispielloses Schicksal, wie es wohl kaum je über einen ehrenhaften Stand verhängt worden ist, und die „Abrüstung der Geister" von Generalleutnant v. Altrock.

Das Buch schließt mit folgenden vortrefflichen Worten des Herausgebers, Generalleutnants v. Altrock: „Die deutschen Offiziere, die Führer im Weltkriege, sind auseinandergesprengt, aus Amt und Beruf vertrieben. Brotlos geworden, bemühen sie sich, in bürgerlichen Berufen friedlich am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitzuwirken. Von außen und im Innern vielfach beunruhigt, gilt für sie das Wort: Viel Feind, viel Ehr! Ihre geistige Gemeinschaft aber ist nicht zu sprengen. Der Geist einer über zweihundertjährigen Ueberlieferung läßt sich nicht auslöschen, nicht verbieten. Blut und Eisen binden fest. Die sich in Stahlgewittern zusammenfanden, bleiben vereinigt in Liebe und Haß für Deutschlands Ehre! Geist und Seele, Glaube und Hoffnung, Haß und Wille sind unsterbliche Werte der Volksseele, die nicht abgerüstet werden können. Viele von uns werden zwar

Schanzers Genua-Rede.

Rom, 8. Juni. (Kammer.) In einer großen politischen Rede über die Konferenz von Genua sagte der Außenminister Schanzer zur russischen Frage u. a.: Der Zwischenfall des deutsch-russischen Vertrages bestärkte die italienische Regierung mehr denn je in der festen Ueberzeugung, daß auch das übrige Europa zum Abschluß eines Vertrages mit Rußland gelangen müsse. Wenn es nicht möglich gewesen sei, in Genua das Problem der Rückkehr Rußlands ins europäische Leben zu lösen, so hing das besonders von zeitlichen Gründen ab. Ein solches Werk könne nicht in sechs Wochen zustande gebracht werden. Mit Recht habe man für die Arbeiten im Haag einen Zeitraum von drei Monaten festgesetzt. Das Terrain sei gut vorbereitet worden, damit das Ziel erreicht werden könne.

Sicherlich sei in Genua eine Erscheinung von unleugbarer politischer Bedeutung zutage getreten, nämlich

die enge Zusammenarbeit Italiens und Englands

und die Uebereinstimmung der Politik der beiden Länder auf gemeinsame Ziele hin. Das beeinträchtige aber nicht den selbständigen Charakter der italienischen Politik. Es liege in der Natur der Dinge selbst, daß England und Italien in der allgemeinen Politik dieselbe Politik einhielten. Sie seien zwei große Demokratien, die keine Konfliktsgründe zwischen sich hätten und durch wechselseitiges Verständnis für ihre gegenseitigen Interessen verbunden seien. England und Italien hingen zum großen Teil für ihre Ernährung vom Meere und vom Außenhandel ab, sie genügten sich nicht selbst. Diese Solidarität, von der zu reden eigentlich überflüssig ist, ist weit davon entfernt, auch nur im geringsten im Widerspruch zu stehen zu den Interessen der anderen Nationen. Wir betrachten nach wie vor auch die Freundschaft Italiens zu Frankreich als einen der Grundpfeiler unserer Politik, als wesentliche und unentbehrliche Bedingung für die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa. Bei der Freundschaft zwischen Italien und England handle es sich auch nicht um ein Bündnis, sondern um einen Plan, in freundschaftlichem Geiste die Möglichkeit der Zusammenarbeit bei allen beide Länder interessierenden Fragen zu prüfen.

Zur Orientfrage

sagte Schanzer: Bei der Prüfung der Smyrna, Thrazien und Armenien betreffenden Fragen sowie der Frage des Minderheitsschutzes auf der Pariser Konferenz, war es nötig, zu besseren Lösungen zu gelangen, um im Orient einen gerechten und dauernden Frieden herbeizuführen, die Sicherheit und Unabhängigkeit der Türkei zu verbürgen und zur selben Zeit Griechenland die politische Rolle zu sichern, die ihm zukommt. Die Vorschläge der Pariser Versammlung sind noch nicht angenommen worden. Es wird ein Meinungsaustausch zwischen den Alliierten geführt, um die geeignetsten Mittel festzustellen zur Erreichung des gemeinsamen Zieles, der Wiederherstellung des Friedens im Orient.

Schanzer kam sodann auf

die internationale Lage Italiens nach der Genueier Konferenz

zurück und sagte in Anspielung auf Frankreich: Die Erklärungen Barthous genügten, um zu beweisen, mit welch freundschaftlichen Gefühlen gegenüber Italien die französische Delegation unser Land verlassen hat. **Aber auch unsere Beziehungen zu den anderen in Genua vertretenen Nationen, an erster Stelle mit Deutschland, sind aus der Konferenz, wie wir mit der größten Genugtuung feststellen, geklärt und gefestigt hervorgegangen.** Wir haben engere Fühlung mit der Kleinen Entente genommen und die Herzlichkeit der Beziehungen Italiens zu Polen sowie die Freundschaft mit Rumänien bestätigt. Die Gruppe der britischen Staaten und die Gruppe der Neutralen verfolgte während der ganzen Konferenz mit Sympathie die deutliche Entwicklung der italienischen Politik. (W. T. B.)

Die Berliner Verhandlungen mit den Russen.

Berlin, 8. Juni. Tschitscherin erklärte hier, daß er voraussichtlich nicht nach dem Haag gehen werde, ebensowenig wie Rakowski. Vielmehr seien für den Haag Litwinow und Krassin in Aussicht genommen. Präsident Rakowski teilte einem Vertreter der „B. Z." bezüglich der Ausdehnung des Rapallo-Vertrags auf die ukrainische Volksrepublik mit, daß es sich dabei nur um eine Formalität handelt, denn die Delegierten der sowjetistischen Republiken in Genua hätten einen integrierenden Bestandteil der russischen Volksbeauftragten in Genua gebildet und daher an der Ausarbeitung des Rapallo-Vertrags mitgewirkt. Auf die Frage hinsichtlich der Ernteaussichten meinte Rakowski, diese seien in den vereinigten sowjetistischen Volksrepubliken sehr gut. Eine Ausnahme mache der Westen Rußlands, das Gouvernement Witebsk und das Gouvernement Odessa, wo man nur eine Uniermittelernte erwartet. Im Durchschnitt könne man auf eine Ernte hoffen, die 50 Prozent höher sei, als die des letzten Jahres.

Der Austritt aus der Union der Völkerbundsligen.

Prag, 8. Juni. Die Zahl der aus dem Kongreß der Union der Völkerligen ausgetretenen Delegationen beträgt vorläufig vier und zwar Rumänien, Tschecho-Slowakei, Jugoslawien und Polen. Der Austritt ist durch die Resolutionen über die Minderheitenfrage hervorgerufen worden. Einigungsverhandlungen sind im Gange, die besonders von tschecho-slowakischer Seite unterstützt werden.